Kinder atmen auf!

Regierungsrat des Kanton Uri
Rathausplatz 1
6460 Altdorf

Kinder atmen auf Uri! | Bahnhofstrasse 11 | 6490 Andermatt

Andermatt, 26.01.2022

Umwandlung der Maskenpflicht in eine Empfehlung

Sehr geehrte Herren Regierungsräte

Unsere Interessensgemeinschaft Eltern für SchülerInnen ohne Maske Uri, ist mittlerweile zu dem Verein «Kinder atmen auf Uri!» geworden.

Wir haben zwei Petitionen in Uri gegen die Maske für SchülerInnen eingereicht. Im Kollegi tragen die SchülerInnen seit Oktober 2020 Maske (schon fast 1.5 Jahre!!!), mit nur kurzem Unterbruch, auf der Sekundarstufe nahezu dasselbe Trauerspiel. Sie mögen sich erinnern, dass in der 2. Petition sehr rasch rund 1200 handgeschriebene Unterschriften zusammengekommen sind. Unsere IG setzte sich auch mittels Medienmitteilungen für die Menschenrechte der Kinder und Jugendlichen ein.

Warum müssen unsere Jugendlichen in der Schule immer noch Maske tragen? Der Regierungsrat Uri und der LehererInnenverband (LUR) haben im Protokoll vom 26. Januar 2021 argumentiert, dass vor allem durch die Maske verhindert werden kann, dass es zu Schulschliessungen kommt. Mittlerweile sollte sich der Regierungsrat einen Überblick verschafft haben, dass es trotz Maske, immer wieder zu positiven und harmlosen «Fällen» unter den Schülern kam. Die Maske macht lediglich 2% des Infektionsschutzes aus und ist in den Händen von Jugendlichen einfach nur eine Alibiübung. Die Wirkungslosigkeit der Maskenpflicht an den Schulen zeigt ein Statement aus dem Kollegi, in dem es neulich in einem Brief hiess, dass es jetzt um die Impfung gehe, damit Schulschliessungen verhindert werden können. (Das Thema Impfwerbung an den Schulen werden wir ein anderes Mal mit Ihnen besprechen). Die Maske hat bezüglich der Infektionsverbreitung kaum eine Wirkung. Sie wissen, dass an Corona erkrankte Jugendliche selten bis nie ernsthaft krank wurden und eine Infektion das Immunsystem trainiert. Die natürliche Infektion von gesunden Menschen ist die sicherste (von Impfnebenwirkungen befreite) lebenslange Schutzwirkung (Kreuzimmunität, Beda Stadler) für den Körper. Durch die erreichte Herdenimmunität wird sie zur echten Solidarität gegenüber den vulnerablen

Menschen. Wären die Krankenhäuser mit Kindern und Jugendlichen wegen Corona gefüllt gewesen, hätten die Medien unablässig darüber berichtet. Stattdessen kommen nun vermehrt Triagen in den Kinderpsychiatrien vor.

Wir verzichten in diesem Brief bewusst auf Fragen nach der Logik des Aufrechterhaltens des Maskenzwanges. Denn alles, was bisher vom Bundesrat als Richtwert angegeben wurde, spielte im Endeffekt keine Rolle. Auch der Regierungsrat gibt keine Werte an, welche erfüllt sein sollen, damit eine Maskenpflicht aufgehoben wird. Spätestens nach der schweizweit grossangelegten Impfkampagne sollten die Kinder und Jugendlichen in den Schulen entlastet sein. Wir wissen, dass nur unabhängige Studien zur Maske auf das Ergebnis der praktischen Nutzlosigkeit verweisen. Wir verzichten darauf, Quellenangaben zu machen, denn diese befinden sich nicht auf der BAG-Seite und deshalb sind diese für Sie bekanntlich nicht beachtenswert.

Unsere Zusammenfassung zur bestehenden Maskenpflicht ist wie folgt:
Der Regierungsrat Uri greift evidenzlos in die Grund- und Menschenrechte unserer Kinder/Jugendlichen ein. *Er setzt unsere gesunden Kinder/Jugendlichen bedenklichen Stoffen in den Masken aus, welche sie über Stunden einatmen müssen.* Als einzige Quelle senden wir Ihnen den Ausschnitt aus dem K-Tipp vom September 2021 zu.

Wir zitieren aus der für Uri angepassten Kinderrechtserklärung von Bellinzona (PIU):

- Als Eltern werden wir die Bildungspflicht unserer Kinder stets erfüllen.

- Eine Schulpflicht, die unsere Jugendlichen **zwingt**, eine Maske zu tragen ansonsten sie durch die Lehrpersonen ausgegrenzt werden und durch Klassenkameraden gemobbt werden (wir haben Erfahrungsberichte), erachten wir als missbräuchlich, nichtig und kindeswohlgefährdend.

- Dass sich der Regierungsrat Uri ausschliesslich auf regierungsnahe Expertenmeinungen, Empfehlungen des BAG, der WHO, der Pädiatrie Schweiz oder Gerichtsurteilen stützt, die einen solchen Missbrauch zum Ergebnis haben oder haben würden, betrachten wir aufgrund der **unveräusserlichen Menschenrechte unserer Kinder/Jugendlichen** als nichtig. Die WHO ist weder ökonomisch noch politisch neutral.

- Die Schulpflicht darf nicht zu einer de facto unkündbaren Aufenthalts- und /oder Arbeitspflicht an einem vom Staat erzwungenen Ort zum vom Staat erzwungenen Konditionen führen. Dies gilt umso mehr, wenn der Staat glaubt, unter welchem

Vorwand auch immer, die Konditionen für den Schulbesuch jederzeit – mitunter fristlos, und ohne Vorankündigung ändern zu können.

- Schulpflichtige Kinder bzw. deren gesetzliche Vertreter sollen wie Erwachsene, wie Lehrer, Schulleiter, KESB Mitarbeiter, wie Regierungs- und Bundesräte das Recht haben, sich einem Arbeitsort zu entziehen, den sie als physisch belastend oder körperlichen krankmachend betrachten oder dies tatsächlich ist.

- Wir fordern die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft auf, dem Unrecht gegenüber den Kindern ein Ende zu setzen und dafür zu sorgen, dass die Einrichtungen, welche die Betreuung oder Ausbildung im Rahmen der Schulpflicht durchführen sollen, nicht umfunktioniert und missbraucht werden. Bis dahin sind diskriminierungsfeie **Alternativen** für alle Eltern und Kinder zu bereiten, die die Verwendung von Masken ablehnen und als gesundheitsschädlich betrachten.

Wir bitten die in der Verantwortung stehenden Regierungsräte, sich der Tatsache bewusst zu sein, dass Kinder/Jugendlichen *an einem Ort verbleiben müssen*, an dem an ihnen Zwangsmassnahmen vollzogen werden. Das Kind wird wie ein Ding, ein Gegenstand und wie ein Eigentum betrachtet. Das ist ein schwerer Verstoss gegen die Menschenrechte.

Der Verein «Kinder atmen auf Uri!», Eltern und Jugendliche, das Lehrernetzwerk Schweiz und viele weitere Organisationen vernetzen sich in der ganzen Schweiz. Im Kanton St. Gallen waren die Eltern erfolgreich. Die Maskenpflicht wurde in eine dringende Empfehlung umgewandelt. Bern bietet ein vereinfachtes Homeschooling an. Der Aargau eine Krankschreibung von 10 Tagen.

Wir fordern den Regierungsrat Uri auf, die Maskenpflicht an den Urner Schulen in eine Empfehlung (freiwillig) umzuwandeln.

In Erwartung Ihrer positiven Antwort bis am 8. Februar 2022.

Freundliche Grüsse
Kinder atmen auf Uri!

Claudia Tresch
Präsidentin